



MENSCHEN VOR PROFIT

- Panelsitzung 7 - Infrastrukturen in Zeiten der Sparpolitik

Weltweit gibt es bei den Infrastrukturen einen großen Rückstand. Zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung brauchen die Entwicklungsländer grundlegende Infrastrukturen - heute trinken 1,8 Milliarden Menschen mit Fäkalien verschmutztes Wasser und laufen Gefahr, an Cholera, Dysenterie, Typhus und Kinderlähmung zu erkranken. 17% der Weltbevölkerung leben ohne Strom. Die vor mehreren Jahrzehnten gebauten Infrastrukturen der Industrieländern verfallen und müssen dringend nachgerüstet werden.

Obwohl der universelle Zugang heute auf der Agenda der VN steht, wird die Privatfinanzierung zu Zeiten der Sparpolitik weiterhin als Allheilmittel angepriesen. Die politischen Entscheidungsträger sind angesichts der über Jahrzehnte gesammelten Erfahrungen und öffentlichen Gegenreaktionen infolge unserer erfolgreichen Kampagnen misstrauisch geworden und erpicht darauf, weniger offenkundige Privatisierungsmodelle zu finden und voranzutreiben. G20, OECD und Weltbank propagieren den Finanzmarkt-Kapitalismus im Infrastrukturbereich; dies beinhaltet, dass Kapital von Rentenfonds und Staatsfonds verwendet, ein unternehmensfreundlicher Regulierungsrahmen geschaffen und Unternehmensprofite durch staatliche Gelder garantiert werden.

Die Erfahrungen zeigen, dass diese Maßnahmen mit erheblichen ökonomischen und sozialen Risiken einhergehen und wahrscheinlich die Ungleichheit und Korruption noch verschärfen, wenn Unternehmen staatliche Hilfe erhalten, Preise erhöhen und Löhne kürzen. Die langfristig angelegten Absprachen ignorieren Korruption und politische Unfähigkeit, riegeln unflexible Verträge fest, behindern unseren Kampf gegen den Klimawandel und bürden den kommenden Generationen schwere finanzielle und soziale Lasten auf.

Doch es gibt Alternativen. Progressive Besteuerung kann zu mehr Einnahmen führen, Privatisierungen können gestoppt werden – dies beweist die Tatsache, dass überall auf der Welt wieder Insourcing, Rekommunalisierung und öffentlich-öffentlichen Partnerschaften entstehen.